



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Rosi Steinberger, Patrick Friedl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2023;

hier: Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen (Kap. 12 08 Tit. 686 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 12 08 wird der Ansatz im Tit. 686 01 (Staatliche Beteiligung an laufenden Kosten von Tierheimen sowie Projektförderung gezielter, zeitlich begrenzter Tierschutzmaßnahmen) von 300,0 Tsd. Euro um 1.700,0 Tsd. Euro auf 2.000,0 Tsd. Euro erhöht.

Die Mittel sind übertragbar.

Begründung:

Tierheime und qualifizierte Tierschutzeinrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag zum Tierschutz und entlasten Kommunen und Behörden enorm, da sie kommunale und staatliche Aufgaben erfüllen. Dazu gehört die Aufnahme von Fundtieren, beschlagnahmten Tieren oder Gefahrtieren wie beispielsweise Problemhunden. Ohne die Tierheime müssten die beschlagnehmenden Behörden anderweitig für die Unterbringung dieser Tiere sorgen oder diese mangels anderer Möglichkeiten sogar in Eigenregie übernehmen. Dies würde eine nicht zu bewältigende finanzielle, personelle und organisatorische Herausforderung für diese Behörden bedeuten. Insbesondere bei sogenannten Großlagen, bei denen eine Vielzahl von Tieren auf einmal untergebracht werden muss, geraten die Tierheime regelmäßig an ihre finanziellen Grenzen. Großlagen treten beispielsweise auf, wenn Transporte mit einer größeren Anzahl an Tieren aufgegriffen werden, oder beim behördlichen Einschreiten bei „Animal Hoarding“ und der darauffolgenden Beschlagnahme. Die laufenden Kosten können ohne staatliche Unterstützung durch die Tierheime nicht mehr getragen werden. Infolge der Coronapandemie, im Zuge hoher Energiepreise und gestiegener Tierarztkosten werden aktuell besonders viele Tiere an Tierheime abgegeben. Deshalb muss sichergestellt werden, dass im Haushalt ausreichend finanzielle Mittel für diese Fälle vorhanden sind.